

Dr. Ernest LUPAN
Professor der
Juristischen Fakultät an der
Universität "Babes-Bolyai"
/Cluj-Napoca, Rumänien/

REGELUNG DER INTERNEN VERMÖGENSVERHÄLTNISSE IN DEN
LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN
DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN

Zwischen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-
schaften /LPG/ und deren Mitgliedern entstehen vom Beginn
der Mitgliedschaft bis zu deren Erlöschen zahlreiche Ver-
mögensverhältnisse, werden modifiziert und erlöschen auch.
Die Regelung dieser Vermögensverhältnisse erfolgt mit Hil-
fe der Normen des Genossenschaftsrechtes. Derzeitig sind
die internen Vermögensverhältnisse der LPG-s einheitlich
durch die vom Nationalverband der LPG-s im Jahre 1977
veranstalteten Kongress akzeptierten und vom Staatsrat
mit der gesetzkraftigen Verordnung 346/1977 bestätigten
Statuten geregelt. Manche der in den Statuten enthaltenen
prinzipiellen Regeln werden in gewisser Hinsicht durch
spezielle Gesetzgebung ergänzt. Die wesentlichsten dieser
sind nachstehende: die Verordnung 27/1976 über die der
verrichteten Arbeit angemessene Dotierung, die Gesetze
29/1978 über die Verteilung des Einkommens und die Rente
und sonstige Sozialversicherungen betreffende Gesetz
4/1977. usw.

In der Folge erörtern wir kurzgefasst die wesentlich-
sten Züge der wichtigsten internen Verteilungs- und Ver-
mögensverhältnisse.

a/ Gewisse Varianten der internen Vermögensverhältnisse entstehen bereits bei Beginn der Mitgliedschaft; der in die Genossenschaft eintretende ist eine natürliche Person und die im Besitze der in gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen befindlichen Produktionsmittel /Feld, Arbeitstiere, landwirtschaftliche Maschinen, usw./werden vergesellschaftlicht /vergenossenschaftlicht/ demzufolge das diesbezügliche Privateigentum erlöscht und Genossenschaftseigentum entsteht.

In dieser Beziehung sind die - die Sozialisierung des Ackerlandes betreffenden - Verordnungen besonders wichtig, laut welcher die Verpflichtung der Bodenübergabe sich auf sämtliche Grundeigentümer der erwähnten Personen bezieht mit Ausnahme des Wohngebäudes, der Wirtschaftsgebäude und des Hofes, dessen Grösse jedoch 250 m^2 nicht überschreiten darf. Dieser Grundboden verbleibt im persönlichen Besitze des Genossenschaftsmitglieds oder dessen Angehörigen. Falls die Grösse des Wohngebäudes, der Wirtschaftsgebäude und des Hofes die erwähnte maximale Grösse überschreitet, so wird dieser das Limit überschreitende Teil zu dem, dem Mitglied zugewiesenen Hauswirtschaftsfeld zugerechnet.

Vom Wert der sozialisierten Produktionsmittel werden 25-50 % dem unteilbaren, die übrigen 50-75 % dem Assoziationsfond zugeteilt. Dies bedeutet, dass die eintretenden Personen - falls diese über keine Produktionsmittel verfügen - keinen assoziativen Anteil erhalten. In solcher Lage ist ein beträchtlicher Teil der eintretenden Personen anzutreffen, die entweder Kinder der Genossenschaftsmitglieder sind und deren Eltern ihr Vermögen bereits sozialisierten, oder Personen die über derartiges Vermögen nicht verfügen.

Im Interesse der Beseitigung des mangelnden Assoziationsanteils und aus - die Genossenschaftsinteressen berücksichtigenden - wirtschaftlichen Erwägungen, wurde durch die rumänische Gesetzgebung mit dem Gesetz Nr. 29 vom 27. Dezember 1978 über die Bildung des Einkommens, Planung, Bestimmung und Liquidation, ab 1. Jänner 1980 eine neuartige, bisher unbekannte Rechtsverfügung eingeführt in das System der LPG-s. Das Wesentliche dieser juristischen Institution liegt darin, dass jedes Genossenschaftsmitglied berechtigt ist - unabhängig davon ob es bei dem Eintritt vom Wert der sozialisierten Produktionsmittel über einen Assoziationsanteil verfügt oder nicht - unter dem Titel eines Assoziationsanteils jährlich eine seinerseits bestimmte Geldsumme, für die Dauer einer mindestens fünfjährigen Periode, zu Gunsten des Entwicklungsfonds der Genossenschaft einzuzahlen. Nach diesen deponierten Summen entrichtet die Genossenschaft bei Überbietung des Plans 6-8 %, bei Nichterfüllung 5 %. Das Genossenschaftsmitglied kann diesen Assoziationsanteil auch nach seiner Pensionierung behalten und kann auch vererbt werden. Mangels einer diesbezüglichen Praxis können wir uns nur auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berufen. Die Praxis der folgenden Jahre wird die Existenzfähigkeit dieser juristischen Institution umsomehr bestätigen, nachdem gemäss der Rechtsvorschriften die Rückerstattung der eingezahlten Summe erst nach Ablauf von fünf Jahren gefordert werden kann und auch dann erst in Abhängigkeit der Summengrösse und der finanziellen Möglichkeiten der Genossenschaft; die Genossenschaft kann auch eine von zwei bis fünf Jahren dauernde Teilzahlung bestimmen.

Anders ist es bei der Rückerstattung der aus dem Wert der sozialisierten Güter entstandenen Assoziationsanteile; diese Summe wird dem Mitglied nur bei Austritt /mitinbegriffen eine Übertretung/, oder bei seinem Ausschluss rückerstattet an das ehemalige Mitglied. Bei Absterben des Mitglieds ist diese Summe nicht Erbgegenstand.

b/ Eine bedeutende Gruppe der internen Vermögensverhältnisse der Genossenschaft /im Rahmen der genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse/ steht mit der Dotierung gemäss der verrichteten Arbeit in Zusammenhang. Nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften zahlreiche Varianten der Dotierung erprobten, erfolgt dies derzeit im Sinne der gültigen Regeln /deren Details sind im Gesetz Nr.27 vom 29. Dezember 1976 enthalten/ der Menge der verrichteten Arbeit, deren Qualität, gesellschaftlichen Bedeutung, weiterhin bei Planerfüllung nach dem durch die Genossenschaftsmitglieder in der Produktion und in Bezug des finanziellen Erfolgs entsprechend. Der Erfolg der Tätigkeit der Genossenschaft ist jenes Element, welches die Dotation der Mitglieder bei diversen Genossenschaften ungleichmässig gestaltet und dadurch von den Dotierungen der im Arbeitsverhältnis arbeitenden unterscheidet. Das System der nach der verrichteten Arbeit der Genossenschaftsmitglieder erfolgenden Dotierung ist jedoch identisch, wobei das Gesetz die einzelnen Elemente für sämtliche Genossenschaften bestimmt. Diese sind: die Grunddotation, welche das Mitglied bei Erfüllung eines bestimmten, oder aus dem Produktions- bzw. Finanzplan folgenden Produktion, bei Verrichtung gewisser oder persönlicher Aufgaben erhält; weiterhin die Dotationsergänzung, welche das Mitglied bei Planüberbietung erhält.

Der globale Akkord ist die grundlegende Form der Dotierung. Deren Varianten können nachfolgende sein: auf eine Produkteneinheit oder realisierte Produktion bzw. für eine ausgeübte Dienstleistung im Werte von 1000 Lei festgelegtes konstantes Tarif; auf eine Produkteneinheit oder realisierte Produktion im Wert von 1000 Lei bestimmtes Tarif, jedoch nur bis zu dem geplanten Produktionsniveau und für eine Überbietung des Plans die Zusicherung einer Ergänzung. Ausserdem können noch nachstehende Formen der Dotierung nach verrichteter Arbeit angewandt werden: Direktakkord, Arbeitsnormtarif, Stunden- oder Taglohn, bei manchen Pflanzenarten ein gewisser Prozentsatz der Produktion oder des Produktionswertes.

Die Dotierung kann direkt in Geldform oder in Geld- und Naturform erfolgen.

Die Mitglieder erhalten auf ihre genehmigte Dotierung Vorschuss, welcher bei Pflanzenproduktion 80 %, bei Tierzucht 90 % erreichen kann. Im Laufe des Jahres kann nach der erfolgten Ernte 50 % der naturellen Dotierung als Vorschuss ausgezahlt werden.

Das Gesetz sanktioniert die garantierte Dotierung. Die garantierte monatliche Dotierung kann bei in der Tierzucht oder bewässerten Anlagen arbeitenden Mitgliedern 1500 Lei, bei in Gemüse-, Wein- und Obstbau arbeitenden Mitgliedern 1200 Lei im Monat erreichen. Genossenschaftsmitglieder erhalten 40 Lei Tageslohn im Gebiete der Halmpflanzen, Industrie- und Futterpflanzen, Hackkultur, Meliorationsarbeit, Pflanzenschutz, Transport usw. Diese garantierte Dotation erhöht sich in der Fünfjahrperiode von 1976-1980 um 24 - 28 %, in der nächsten Fünfjahrperiode von 1981 - 1985 um neue 20 - 25 %. Die Summe des monatlich garantierten Ein-

kommens wird für 25 Arbeitstage verrechnet und im Verhältnis der im Monat effektive geleisteten Arbeitstage mit der Voraussetzung ausgezahlt, dass das betreffende Mitglied die bestimmte Arbeitsmenge verrichtet und das übernommene Produktionsresultat verwirklicht.

c/ Die Pensionierung und sonstige Sozialversicherung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsmitglieder ist ebenfalls Erfolg einer längeren Entwicklung seit 1966. Die Sozialversicherung ist im Sinne der derzeitigen Regelung eine umfassende /von 1966 bis 1971 erhielten die Genossenschaftsmitglieder nur Pension und fallweise aus dem internen Genossenschaftsfond eine Unterstützung/ indem ab 1971 die Sozialversicherung die verschiedensten ärztliche Behandlungen, Versorgung mit Medikamenten und auch materielle Unterstützungen umfasst.

Das Gesetz Nr. 4 vom 8. Juli 1977 enthält folgende Pensionsgattungen: Pension nach der Altersgrenze und nach der verrichteten Arbeit; vollständige oder bedeutende Einbüßung der Arbeitsfähigkeit; Anfall; und das Recht zu einer Ergänzungspension.

Die Summe der Pension kann mit Rücksicht auf nachstehende Bedingungen zwischen 350 und 1000 Lei schwanken: /zur Vollpension sind bei Männern 30, bei Frauen 25 Jahre erforderlich, wobei ein Jahr in dieser Hinsicht gleich ist mit 200 Arbeitstagen/; die Grösse des von der Genossenschaft erhaltenen Einkommens /z.B. bei einer in der Tierzucht verbrachten minimum 10 jährigen Arbeitszeit erhält das Mitglied bei erreichter Arbeitsgrenze und durchschnittlichen Jahreseinkommen von 15,000 Lei, 650 Lei/; der Arbeitsort und die bekleidete Funktion /falls das Mitglied mindestens 10 Jahre

lang Brigadenleiter war und sein Durchschnittseinkommen die Summe von 15,000 Lei überschreitet, erhält das Mitglied als Pension 725 Lei und wenn es ebenfalls 10 Jahre lang Leiter einer Farm oder eines Sektors war, erhält es bei gleichgrossem Durchschnittseinkommen um 10 % grössere Pension/; Grad und Ursache der Invalidität; Zeitdauer und Summe des persönlichen Beitrage zum ergänzenden Pensionsfond.

Die Altersgrenze zur Pensionierung beträgt bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre.

Die Grundlage zur Errechnung der Pension ist das durchschnittliche Jahreseinkommen von 5 Jahren aus den letzten 10 Jahren, welche das Mitglied selbst auswählt. Falls das Mitglied während der letzten 10 Jahre in fünf aufeinander folgenden Jahren nicht arbeitstätig war, so geht man von dem Durchschnittseinkommen der in der LPG verbrachten letzten 5 Jahre aus. Nach Ablauf von 30 bzw. 25 Jahren Arbeitszeit wird dem Mitglied nach jedem weiteren Arbeitsjahr 0,5 % des der Pension als Grundlage dienenden durchschnittlichen Jahreseinkommen zugerechnet.

Wenn das Mitglied die Altersgrenze zur Pensionierung zwar erreicht hat, aber die erforderliche Dienstzeit noch nicht erreicht hat, so wird - falls das Mitglied mindestens über 10 Jahre in der Genossenschaft verrichtete Arbeitszeit verfügt - zur Pension berechtigt. In diesem Falle wird die Summe der Pension im Verhältnis zu den Dienstjahren errechnet.

Invalidenpension erhalten die Genossenschaftsmitglieder mit Invaliditätsgrad I und II. Falls die Arbeitsunfähigkeit I. Grades Folge eines Arbeitsunfalls ist, so wird die Pension in Abhängigkeit der Dienstzeit 50-90 % von der nach

der verrichteten Arbeit und erreichten Altersgrenze gebührenden Pension erreichen. Wenn die erstgradige Invalidität nicht Folge einer Krankheit oder eines Arbeitsunfalls ist, erhält das Mitglied nur in jenem Falle Pension, wenn es bereits über 10 Jahre Dienstzeit verfügt und so von der nach der Arbeit und der Arbeitsgrenze gebührenden Pension eine zwischen 35 und 75 % schwankende Summe erhalten. Im Falle einer Invalidität des Grades II ist die Summe der Pension gleich mit 85 % Pensionsgrösse, welche bei erstgradiger Invalidität errechnet wird.

Nachfolgapension erhalten die Waisen, wenn die verstorbenen Eltern oder einer der Eltern Genossenschaftsmitglied war, bis zu ihrem 16-jährigen Alter, resp. bis zur Beendigung ihrer Ausbildung, aber höchstens bis zu ihrem 25 jährigen Alter. Solche Pension erhalten Waisenkinder deren Eltern Pensionisten waren oder pensionsberechtigt waren. Bei Halbweisen beträgt die Summe der Pension 120 Lei, bei Vollweisen 180 Lei.

Ergänzungspension erhalten alle Genossenschaftsmitglieder, die während mindestens 5 Jahren monatlich mit 10, 15 oder 20 Lei zu dem Pensionsfond Beitrag leisteten. Die Mitglieder erhalten nach je fünfjähriger Beitragsdauer monatlich 10, 15 oder 20 Lei Pensionsergänzung.

Die im Rahmen der allgemeinen Sozialversicherung möglichen Unterstützungen sind folgende: kostenlose Krankenhauspflege und kostenfreie Medikamente, - bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit /wenn das Mitglied vorangehend seinen Produktionsaufgaben gerecht wurde/ erhalten die Mitglieder 60 Tage lang Mutterschaftsurlaub, Kinderbeihilfe, usw.

Am 1. Jänner 1978 wurde das Gesetz 4/1977 rechtskräftig, welches die Verhältnisse der Sozialversicherung regelt. Gleichzeitig wurde die Pensions- und Sozialversicherungskasse der Genossenschaftsmitglieder abgeschafft. Die anfallenden Operationen der Sozialversicherung und die Verwaltung der Fonds wird durch das Ministerium für Arbeitswesen verrichtet bei Mitarbeit der regionalen Direktionen und deren Büros. Die erforderlichen Fonds setzen sich aus 8,0 % der Gesamtproduktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften, 3,5 % der Gesamtproduktion genossenschaftlichen Vereinigungen, aus den durch die Mitglieder eingezahlten 10, 15 oder 20 Lei betragende Summen und aus staatlichen Subventionen zusammen. Zu dem Sozialversicherungsfond spendet der Staat 2 % des seitens der Genossenschaften im Rahmen des Plans den staatlichen Fonds eingezahlten Produktionswertes. Weiterhin erlegt der Staat in den Pensionsfond ebenfalls 2 % des durch die Genossenschaftsmitglieder dem Staatsfond abgelieferten Produktionswertes.

d/ Zwischen Mitglied und Genossenschaft entstehen im Zusammenhang mit den Hauswirtschaften ebenfalls zahlreiche verschiedene Verhältnisse. Die Staatsverfassung enthält die prinzipielle Regelung Nr. 9, laut welcher das Genossenschaftsmitglied mit seinen Familienangehörigen zusammen über das in den Statuten bestimmte Eigentum verfügen kann. Punkt 5 der Statuten lautet so, dass Wohn- und Wirtschaftsgebäude, deren Grund, welcher - wie bereits darauf hingewiesen wurde - 250 m² nicht überschreiten darf, wobei falls der Grund diese Grösse überschreitet, dieser zur Hauswirtschaft zugerechnet wird, weiterhin die Nutztiere /je Familie höchstens 3 Rinder, 15 Schafe oder Ziegen, in unbegrenzter Menge Geflügel, Schweine, Kaninchen und Bienenstöcke/ und das Inventar das Privateigentum des Mitglieds darstellen.

Ebenso ist Gegenstand des Privateigentumsrechtes das mit Arbeit verdiente Einkommen und die Ersparnisse, weiterhin der Ertrag der Hauswirtschaft.

Gemäss der - alle Staatsbürger betreffenden - rechtlichen Regelung /Gesetz Nr. 4 vom 31. März 1973/ darf eine natürliche Person zusammen mit den in gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen, nur ein Wohnhaus besitzen. Diese Regel bezieht sich selbstverständlicherweise auch auf die Genossenschaftsmitglieder. Inwiefern ein Mitglied /oder ein in gemeinsamen Haushalt lebender Angehöriger/ ein zweites Wohnhaus als Eigentum erwirbt, ist es verpflichtet das eine Haus, den Gesetzschriften entsprechend - d.h., innerhalb eines Jahres - zu veräussern. Falls diese einjährige Frist nicht eingehalten wird, so übergeht das eine Wohngebäude gegen Entschädigung auf den Staat als Eigentum und wird durch den Volkssrat verwaltet.

Inwiefern das Genossenschaftsmitglied über eine grössere Anzahl von Nutztieren und Inventar verfügt /als Ergebnis eines Ankaufs oder als Erbschaft/, ist es verpflichtet diese überschüssige Menge innerhalb der durch die Generalversammlung bestimmten Frist zu veräussern. Nach Ablauf dieses Termins werden diese Güter durch die Genossenschaft auf das Konto des Eigentümers verwertet.

Das geerbte Eigentum des Genossenschaftsmitglieds, wenn die Bodenfläche 250 m^2 überschreitet so geht der überschreitende Teil in den Besitz der Genossenschaft über. Laut den bis 1974 gültigen Vorschriften war das Genossenschaftsmitglied verpflichtet die geerbte /oder auf andere Art erworbene/ Bodenfläche innerhalb des durch die Generalversammlung bestimmten Termins zu veräussern. Nachdem jedoch laut der

Ende 1974 in Kraft getretenen Gesetze Nr. 58 und 59, Bodenfläche nicht Gegenstand jeglicher Rechtssache von natürlichen Personen sein kann, wären die Genossenschaftsmitglieder nicht in der Lage den geerbten Boden nach Inkraftsetzung dieser Gesetze zu veräussern, wurde es notwendig diese erwähnte Verfügung der Grundregel einzuführen, gemäss welcher diese Bodenfläche in den Besitz der Genossenschaft übergeht.

Die Erwerbung eines Grundstücks für Wohnungsbau durch das Genossenschaftsmitglied, wurde ebenfalls in den allgemeinen Vorschriften der erwähnten beiden Gesetze geregelt. Wenn das Genossenschaftsmitglied kein derartiges Grundstück besitzt, so gewährleistet Punkt 6 der Statuten die Möglichkeit für den Ankauf eines geeigneten Grundstückes von der Genossenschaft. Natürlich in dem Falle, wenn ein solches Grundstück innerhalb der Ortsgrenzen im Besitze der Genossenschaft überhaupt existiert.

Eine bedeutende Gruppe der Vermögensverhältnisse zwischen Genossenschaftsmitglied und der Genossenschaft betrifft die Hauswirtschaft. Punkt 9. der Verfassung besagt, dass das durch das Genossenschaftsmitglied bewirtschaftete Feld Eigentum der Genossenschaft ist. Punkt 4 der Statuten enthält die Bestimmung, dass die Generalversammlung von dem Genossenschaftseigentum bildenden Feldern jedem Mitglied alljährlich Hauswirtschaftsland zur Verfügung gestellt werden kann in der Grösse von max. 15 Ar /im Bergland kann dies auch grösser sein/. Diesbezügliche Voraussetzung ist, dass das Mitglied im Vorjahr die durch die Generalversammlung vorgegebene Produktion rechtzeitig und in entsprechender Qualität geleistet hat. Hauswirtschaftsland kann auch solches Genossenschaftsmitglied erhalten, das bei Zustimmung der Generalversammlung in einer Wirtschaftsver-

einigungen oder bei einem landwirtschaftlichen staatlichen Unternehmen unmittelbar in der Produktion tätig ist. In Ausnahmefällen ist die Generalversammlung berechtigt das Hauswirtschaftsland auch dann weiterhin dem Mitglied überlassen oder zuteilen, wenn es im Vorjahr ohne eigenes Verschulden, infolge Krankheit, oder Mutter mit vielen Kleinkindern, usw., die vorgegebene Arbeitsmenge nicht verrichtete. Pensionierte Genossenschaftsmitglieder können ihr Hauswirtschaftsfeld ebenfalls behalten. Die landwirtschaftliche Bestimmung des Hauswirtschaftsfeldes darf das Mitglied - ohne Verlust des Nutzungsrechtes - nicht verändern. Das Hauswirtschaftsfeld hat das Mitglied selbst oder mit seinen Familienangehörigen zusammen zu bearbeiten. Das Hauswirtschaftsfeld kann das Mitglied unter keinen Umständen auf andere Personen übertragen.

Den derzeitigen Rechtsregelungen entsprechend wird das Hauswirtschaftsfeld nicht den Familien /wie vor 1972/, sondern den einzelnen Mitgliedern zugeteilt zur Nutzung. Während laut der früheren Rechtsregelung bei gewissen Bedingungen eine Familie höchstens 30 Ar Hauswirtschaftsland bearbeiten durfte, solange kann eine Familie so vielmal höchstens 15 Ar Land bearbeiten, als wieviele Familienmitglieder den zur Bodennutzung erforderlichen Bedingungen nachkommen. Mit anderen Worten, heute ist keine obere Grenze für die Familien bestimmt. Zur Beteiligung an der Arbeit und Verrichtung der gegebenen Verpflichtungen kann dies eine bedeutende Anregung darstellen.

e/ Eine eigenartige Gruppe der internen Vermögensverhältnisse steht mit der Einkommensverteilung in Zusammenhang, d.h. die Realisierung des Bestimmungsrechtes der Genossenschaft als Subjekt des Eigentumsrechtes, über das realisierte Jahreseinkommen.

Die diesbezüglichen Verordnungen der Statuten aus dem Jahre 1977 wurden durch das Gesetz Nr. 29/1978 modifiziert. Der neuen Rechtsregelung entsprechend wird der Wert der globalen Produktion ab 1980 und auch das Einkommen sonstigen Ursprungs, als Gesamteinkommen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, gemäss der nachfolgenden grundlegenden Skizze verteilt: vom Gesamteinkommen werden die materiellen Produktionskosten /Saatgut und Pflanzen, Kunst- und Naturdünger, Pflanzenschutzmittel, Bewässerung, Veterinärmedikamente, Futter, Kosten der Maschinenstationen und sonstige Kosten/ abgezogen; der verbleibende Teil bildet die Nettoproduktion, welche für folgende Zwecke aufgeteilt wird: Dotierung der verrichteten Arbeit gemäss, Beitrag zur Sozialversicherung, Grundsteuer, Steuer nach dem Dotationsfond, Steuer nach dem aus industrieller Tätigkeit entstammenden Einkommens, Versicherung, Unterstützungsfonds, Kaderbildung und praktische Einschulung, finanziellen Beitrag für kommunale Arbeiten, unverschuldete Verluste und auf andere, im Gesetz angeführten Ziele. Der verbleibende Teil bildet das netto Einkommen, welches folgenderweise verteilt wird: für den Entwicklungsfond, Umlaufmittelfond, Sozial- und Kulturfond, Sportfond, Produktions- und Dotationsreservenfond, Gegenseitigen Intergenossenschaftlichen Hilfsfond, Beteiligungsfond nach den Einzahlungen der Mitglieder, Beteiligungsfond des Gesamteinkommens.

Gegenüber der einstigen Verteilung des Einkommens erhält in der neueren Regelung der Dotationsfond dementsprechend eine besondere Bedeutung und Rolle, wobei dieser Fond nach Deckung der in entsprechender Reihenfolge anfallenden unmittelbaren materiellen Produktionskosten zu gründen ist. Dies wird sich insbesondere auf die rechtzeitige und entsprechende Sicherung der Arbeitskräfte, am Wege der

monatlichen garantierten Dotation, auswirken. Die Änderung des Ortes des Dotationsfonds bedeutet selbstverständlich noch keineswegs im System der Einkommensverteilung an und für sich die Sicherung der zur minimalen Entrichtung monatlich erforderlichen Dotierungen erforderlichen Geldsummen. Das Gesetz schafft nur den notwendigen Rahmen dazu, das natürlicherweise bedeutende und vorteilhafte Voraussetzungen dazu gewährleistet, dass die Genossenschaften jene Schwierigkeiten vermeiden, welche bisher anlässlich der Beschaffung der zur Dotierung benötigten garantierten Finanzmittel erschienen, - dies ist jedoch noch nicht ausreichend. In der Zukunft sind die zur Dotierung benötigten Finanzmittel durch die Genossenschaftsmitglieder und Maschinisten, Leiter und Fachleute in jeder einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaft zu beschaffen. Eben deshalb wird das - im März 1978 beschlossene und in der Nationalwirtschaft stufenweise eingeführte neue System des Finanz- und Wirtschaftsmechanismus, vom 1. Jänner 1980 auch in den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeführt, denn die autonome Geschäftsführung und Selbstverwaltung erfordert notwendigerweise solche energische Massnahmen, welche die Mobilisierung aller in den Genossenschaften existierenden inneren Reserven gewährleistet, weiterhin die Verwirklichung solcher verantwortungsvoller Tätigkeit, aus welcher eine Produktionserhöhung resultiert, in sämtlichen Arbeitsorten in der Arbeit Wirksamkeit erreicht und als Gesamtergebnis dieser Faktoren die Genossenschaften ein steigendes Einkommen realisieren.

f/ Die kurzgefasste Erörterung einiger Vermögensverhältnisse innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften

und die skizzenhafte Vorführung der zur Schlichtung von diestezüglichen Rechtsstreiten berufenen Organen und Mit der Beschreibung ihrer Befugnisse möchte ich meinen Beitrag abschliessen.

Zwischen der Genossenschaft und den Mitgliedern können im Prinzip dreierlei Rechtsstreite entstehen: 1/ über die Dotierung gemäss der Arbeit; 2/ im Zusammenhang mit Schädigungen oder Beanspruchung unbegründeter Vorteile; 3/ die Sozialversicherung betreffend.

1/ Das Gesetz Nr. 27/1976. § 77 und Punkt 14 der Statuten setzen die Lösung der im Zusammenhang mit - der verrichteten Arbeit angemessenen - Dotierungen entstandenen Rechtsstreite in die Kompetenz von vier verschiedenen Organen.

a/ Die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zur Lösung von Streitfragen im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Grunddotierung und Bestimmung der Ergänzungsdotationen zuständig.

b/ Der Komitatsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zusammen mit der Hauptdirektion der Lebensmittelindustrie /als Organ der Staatsverwaltung/ zur Lösung derselben Streitigkeiten zuständig, inwiefern der Kläger eine Leitungsfunktion bekleidende Person ist.

c/ Der in der Genossenschaft funktionierende Ausschuss für Rechtssprechung ist zur Lösung von Rechtsstreiten im Zusammenhang von sonstigen, mit der Dotierung nach der verrichteten Arbeit entstandenen Fragen zuständig, wenn die beanstandete Summe den Wert von 5000 Lei nicht überschreitet.

d/ Das Gericht ist ebenfalls zur Lösung sonstiger Probleme zuständig, wenn der Wert der Streitfrage 5000 Lei überschreitet.

2/ Die Lösung von mit der Verursachung von Schäden oder Beanspruchung unbegründeter Vorteile zusammenhängenden Streitigkeiten wird durch das Gesetz Nr. 59/1968 und Punkt 14 der Statuten der Kompetenz der folgenden beiden Organe zugeteilt:

a/ Der Ausschuss für Rechtsprechung ist zur Lösung von Rechtsstreiten zuständig, wenn deren Wert die Wertgrenze von 5000 Lei nicht überschreitet, falls der die Rückerstattung des Schadens betreffende verpflichtende Beschluss durch den Leitungsrat akzeptiert wird;

b/ Das Gericht ist zur Lösung derartiger Vermögenstreitigkeiten dann zuständig, wenn die zur Diskussion gestellte Summe den Wert von 5000 Lei überschreitet, oder wenn der die Rückerstattung des verursachten Schadens durch die Generalversammlung akzeptiert wurde.

3/ Die mit der Sozialversicherung zusammenhängenden Rechtsstreite und deren Lösung wurde nur hinsichtlich der Pensionierung in einem speziellen Gesetz geregelt. Im Sinne des Gesetzes Nr. 4/1977 § 37 ist zur Lösung von mit der Pensionierung des Genossenschaftsmitglieds verbundenen Streitigkeiten das im Rahmen des Arbeitsministeriums arbeitende regionale Rentenkomitee zuständig, welches die - gegen den Beschluss des innerhalb der Genossenschaft funktionierenden Renten- und Sozialversicherungskomitees, oder gegen den die Arbeitsfähigkeit bestimmenden Beschluss des Fachausschusses gerichteten - Klagen beurteilt. Gegen die Entscheidung des regionalen Rentenkomitees kann bei dem im Ministerium für Arbeitswesen funktionierenden Zentralen Rentenausschuss Berufung eingereicht werden.

Zur Lösung sonstiger Sozialversicherungsprobleme - mangels konkreter spezieller Rechtsregelung - sind den allgemeinen Regeln entsprechende Organe zuständig, d.h. diese fallen in den Wirkungskreis der Gerichte. Hier handelt es sich selbstverständlich um jenen Fall, wenn die Entrichtung der rechtmässig festgestellten Sozialversicherungshilfe abgelehnt wird.

x x x

Die Vermögensverhältnisse innerhalb der Genossenschaften sind das der Änderung am meisten ausgesetzte Gebiet der genossenschaftlichen Rechtsverhältnisse. Die diese Verhältnisse betreffende Rechtsregelung wird in irgendwelcher Form oder Hinsicht hanezu von Jahr zu Jahr modifiziert, vervollkommt. Die permanente Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse führt notwendigerweise auch die Fortentwicklung und Vervollkommnung des Genossenschaftsrechtes mit sich.-